



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

59. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 12. Oktober 2005

Nummer 37

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
2010	21. 9. 2005	Berichtigung des Verwaltungsvollstreckungsgesetz NRW	818
21260	5. 10. 2005	Verordnung über die Zulassung der regelmäßigen Datenübermittlung von Meldebehörden an die Zentralen Stellen bei den Kassenärztlichen Vereinigungen (MeldDÜV ZStKV NRW)	818
231	27. 9. 2005	Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches	818
311	19. 9. 2005	Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte des Landes Nordrhein-Westfalen in Strafsachen gegen Erwachsene, in Jugendstrafsachen und in Abschiebungshafthsachen	819
311	27. 9. 2005	Verordnung über die Bildung gemeinsamer Kartellgerichte (Kartellsachen-Konzentrations-VO)	820
311	27. 9. 2005	Zehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die maschinelle Führung des Grundbuchs (Zehnte Änderungs-VO zur Grundbuch-Automations-VO)	820
7123	27. 9. 2005	Siebte Verordnung zur Änderung der zweiten Berufsbildungs-Zuständigkeitsverordnung	821
	22. 9. 2005	Genehmigung der 24. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Siegen, im Gebiet der Gemeinde Burbach	822

Die neuen CD-ROM's „SGV. NRW.“ und „SMBL. NRW.“, Stand 1. Juli 2005, sind Anfang August erhältlich. Bestellformulare im Internet-Angebot.

Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter, die Sammlung aller Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) sowie die Sammlung der in Teil I des MBl. NRW. veröffentlichten Erlasse (SMBL. NRW.) stehen **im Intranet des Landes NRW** zur Verfügung.

Dasselbe wird **auch im Internet angeboten**. Die Adresse ist: <http://sgv.im.nrw.de>. Hingewiesen wird auf den kostenlosen Service im Internet unter der genannten Adresse. Dort finden Sie Links zu vielen qualitativ hochwertigen Rechtsangeboten.

Wollen Sie die Inhaltsangabe eines jeden neuen Gesetzblattes oder Ministerialblattes per Mail zugesandt erhalten? Dann können Sie sich in das **Newsletter-Angebot** der Redaktion eintragen. Adresse: <http://sgv.im.nrw.de>, dort: kostenloser Service.

2010

Berichtigung des Verwaltungsvollstreckungsgesetz NRW

Vom 21. September 2005

Das Verwaltungsvollstreckungsgesetz NRW in der Neufassung vom 19. Februar 2003 (GV. NRW. S. 156), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Fünften Befristungsgesetzes vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 351), wird wie folgt berichtigt:

1. In § 70 Abs. 1 wird die Bezeichnung „§ 68 Abs. 1 Nrn. 4, 5 und 16“ ersetzt durch die Bezeichnung „§ 68 Abs. 1 Nrn. 3 und 15“.
2. In § 74 Satz 1 wird die Bezeichnung „§ 68 Abs. 1 Nr. 14“ ersetzt durch die Bezeichnung „§ 68 Abs. 1 Nr. 13“.

– GV. NRW. 2005 S. 818

(5) Die Übermittlung erfolgt nach näherer Vereinbarung durch Datenübertragung auf besonders gesichertem Wege, insbesondere über das TESTA-Netz, oder auf Datenträgern.

§ 2

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft; sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2010 außer Kraft.

Düsseldorf, den 5. Oktober 2005

Der Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Ingo Wolf

– GV. NRW. 2005 S. 818

21260

Verordnung über die Zulassung der regelmäßigen Datenübermittlung von Meldebehörden an die Zentralen Stellen bei den Kassenärztlichen Vereinigungen (MeldDÜV ZStKV NRW)

Vom 5. Oktober 2005

Aufgrund des § 31 Abs. 5 Satz 1 und 2 des Meldegesetzes NRW – MG NRW – in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. September 1997 (GV. NRW. S. 332), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 263), wird verordnet:

§ 1

Datenübermittlung an die Zentralen Stellen
bei den Kassenärztlichen Vereinigungen
für Zwecke des Mammographie-Screenings

(1) Zum Zwecke der Einladung zur Teilnahme am Mammographie-Screening und zur Feststellung falsch-negativer Diagnosen gemäß § 5 Abs. 2 Satz 1 und 4 des Gesetzes zur Einrichtung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in Nordrhein-Westfalen (EKR-NRW) übermitteln die Meldebehörden des jeweiligen Landesteils der Zentralen Stelle bei der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein und der Zentralen Stelle bei der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe monatlich folgende personenbezogene Daten aller Einwohnerinnen, die am jeweiligen Stichtag das 50. Lebensjahr vollendet und das 70. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Nicht zu übermitteln sind Daten von Einwohnerinnen, zu denen eine Auskunftssperre gemäß § 34 Abs. 6 MG NRW eingetragen ist.

(2) Stichtag ist jeweils der Erste des Monats, in dem die Übermittlung erfolgt.

(3) Der Datenübermittlung ist der von der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände herausgegebene Datensatz für das Meldewesen – Einheitlicher Bundes-/Länderteil – (DSMeld) zugrunde zu legen.

(4) Zu übermitteln sind folgende Daten:

	Datenblatt
1. Familienname	0101, 0102,
2. Geburtsname und andere frühere Namen	0201 bis 0203,
3. Vornamen	0301, 0302,
4. Doktorgrad	0401,
5. Tag und Ort der Geburt	0601 bis 0603,
6. gegenwärtige Anschrift (Hauptwohnung)	1201 bis 1203, 1205 bis 1211.

231

Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches Vom 27. September 2005

Aufgrund der §§ 46 Abs. 2 und 80 Abs. 5 Satz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 2005 (BGBl. I S. 1818), des § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) sowie des § 5 Abs. 3 Satz 1 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. März 2005 (GV. NRW. S. 62), insoweit nach Anhörung des Ausschusses für Bauen und Verkehr wird verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches vom 7. Juli 1987 (GV. NRW. S. 220), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 306), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift des Ersten Abschnitts erhält folgende Fassung: „Zuständigkeitsregelung“.
2. § 1 erhält folgende Fassung:
„Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne des Baugesetzbuches (BauGB) ist die Bezirksregierung.“
3. § 2 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
„(1) Die Bezirksregierung ist zuständige Behörde
– für die Zustimmung zu einer auf den Zeitraum der mehrjährigen Finanzplanung der Gemeinde beschränkten Kosten- und Finanzierungsübersicht nach § 149 Abs. 4 BauGB,
– für die Erteilung von Bewilligungen von Städtebauförderungsmitteln für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen nach § 164a BauGB sowie städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen nach § 169 Abs. 1 Nr. 9 BauGB, Stadtumbaumaßnahmen nach § 171b BauGB und Maßnahmen der Sozialen Stadt gemäß § 171e BauGB, jeweils in Verbindung mit 164a BauGB.“
4. § 2a wird gestrichen.
5. § 4 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

Die Wörter „geändert durch Gesetz vom 22. November 1994 (GV. NW. S. 1058)“ werden durch die Wörter „zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 306)“ ersetzt.

6. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung: „Vereinfachte Umlegung“.
- b) Das Wort „Grenzregelungen“ wird durch die Wörter „vereinfachte Umlegungen“ ersetzt.

7. Der dritte Abschnitt erhält folgende Fassung:

„Schlussbestimmungen

§ 17

In-Kraft-Treten, Befristung

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Über die Erfahrungen mit dieser Verordnung wird die Landesregierung bis zum 31. Dezember 2009 unterrichtet.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 27. September 2005

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Dr. Jürgen Rüttgers

Der Minister
für Bauen und Verkehr
Oliver Wittke

– GV. NRW. 2005 S. 818

311

Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte des Landes Nordrhein-Westfalen in Strafsachen gegen Erwachsene, in Jugendstrafsachen und in Abschiebungshftsachen Vom 19. September 2005

Auf Grund

des § 58 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des Justizministers zum Erlass von Rechtsverordnungen über die örtliche Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte in Strafsachen und in Urheberrechtsstreitsachen vom 11. Januar 1966 (GV. NRW. S. 6), geändert durch Verordnung vom 23. November 1971 (GV. NRW. S. 358),

des § 33 Abs. 3 des Jugendgerichtsgesetzes in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des Justizministers zum Erlass von Rechtsverordnungen über die Zuständigkeit der Amtsgerichte des Landes Nordrhein-Westfalen in Jugendstrafsachen vom 11. März 1975 (GV. NRW. S. 258),

sowie

des § 4 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen vom 29. Juni 1956 (BGBl. I S. 599), der durch Artikel 3 Nr. 1 des Gesetzes vom 30. Juni 1993 (BGBl. I S. 1062) eingefügt worden ist, in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des Justizministeriums zum Erlass von Rechtsverordnungen nach § 4 Abs. 3 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen vom 7. März 1995 (GV. NRW. S. 192)

wird verordnet:

Artikel I

Dem Amtsgericht Brilon wird die Zuständigkeit für Schöffengerichtshftsachen, Strafrichterhftsachen und Jugendrichterhftsachen aus den Amtsgerichtsbezirken Brilon, Medebach und Marsberg übertragen.

Artikel II

Die Anlage zu der Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte des Landes Nordrhein-Westfalen in Strafsachen gegen Erwachsene vom 30. Dezember 1961 (GV. NRW. 1962 S. 9), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. Januar 2000 (GV. NRW. S. 50), wird wie folgt geändert:

1. Bei der laufenden Nummer 20 werden in den Spalten III und IV jeweils die Ortsnamen „Brilon“, „Medebach“, „Marsberg“ eingefügt.
2. Bei der laufenden Nummer 22 werden in den Spalten III und IV jeweils die Ortsnamen „Brilon“, „Medebach“, „Marsberg“ gestrichen.

Artikel III

Die Anlage zu der Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte des Landes Nordrhein-Westfalen in Jugendstrafsachen vom 5. April 1972 (GV. NRW. S. 84), zuletzt geändert durch Artikel 138 des Zweiten Befristungsgesetzes vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 274), wird wie folgt geändert:

1. Bei der laufenden Nummer 34 werden in Spalte II die Ortsnamen „Brilon“, „Medebach“, „Marsberg“ gestrichen.
2. Bei der laufenden Nummer 36 werden in Spalte II die Ortsnamen „Brilon“, „Medebach“, „Marsberg“ eingefügt.

Artikel IV

§ 2 der Verordnung über die Zusammenfassung von Abschiebungshftsachen vom 27. Januar 1998 (GV. NRW. S. 183), zuletzt geändert durch Artikel 103 des Vierten Befristungsgesetzes vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 332), wird wie folgt ergänzt:

„7. für die Bezirke der Amtsgerichte Brilon, Medebach, Marsberg, Meschede und Schmallenberg dem Amtsgericht Meschede.“

Artikel V

Für Schöffengerichtshftsachen, Strafrichterhftsachen und Jugendrichterhftsachen aus den Amtsgerichtsbezirken Brilon, Medebach und Marsberg, die vor In-Kraft-Treten dieser Verordnung bei dem Amtsgericht Meschede anhängig geworden sind oder anhängig werden, bleibt dieses Gericht weiterhin zuständig.

Artikel VI

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.

Düsseldorf, den 19. September 2005

Die Justizministerin
des Landes Nordrhein-Westfalen
Müller-Piepenkötter

– GV. NRW. 2005 S. 819

311

**Verordnung
über die Bildung gemeinsamer Kartellgerichte
(Kartellsachen-Konzentrations-VO)**

Vom 27. September 2005

Auf Grund der §§ 89 Abs. 1 Satz 1, 92 Abs. 1 Satz 1 und 93 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 2005 (BGBl. I S. 2114) wird verordnet:

§ 1

Konzentration bei den Landgerichten

Die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, für die nach § 87 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen die Landgerichte ausschließlich zuständig sind, werden zugewiesen:

1. dem Landgericht Düsseldorf
für den Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf
2. dem Landgericht Dortmund
für den Oberlandesgerichtsbezirk Hamm
3. dem Landgericht Köln
für den Oberlandesgerichtsbezirk Köln.

§ 2

Konzentration bei dem Oberlandesgericht

Die Rechtssachen, für die nach §§ 57 Abs. 2 Satz 2, 63 Abs. 4, 83, 85 und 86 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen die Oberlandesgerichte zuständig sind, sowie die Entscheidungen über die Berufung gegen Endurteile und die Beschwerde gegen sonstige Entscheidungen der nach den §§ 87 und 89 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zuständigen Landgerichte werden zugewiesen:

dem Oberlandesgericht Düsseldorf

für die Oberlandesgerichtsbezirke Düsseldorf, Hamm und Köln.

§ 3

Aufhebungsvorschrift

Die Verordnung über die Bildung gemeinsamer Kartellgerichte vom 8. Januar 2002 (GV. NRW. S. 22) wird aufgehoben.

§ 4

In-Kraft-Treten, Berichtspflicht

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Das Justizministerium berichtet der Landesregierung bis zum 31. Dezember 2010 über die Notwendigkeit des Fortbestehens dieser Verordnung.

Düsseldorf, den 27. September 2005

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Dr. J ü r g e n R ü t t g e r s

Die Justizministerin
Roswitha M ü l l e r - P i e p e n k ö t t e r

311

**Zehnte Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über die maschinelle Führung des Grundbuchs
(Zehnte Änderungs-VO zur
Grundbuch-Automations-VO)**

Vom 27. September 2005

Auf Grund des § 126 Abs. 1 Satz 1 und des § 141 Abs. 2 Satz 4 Halbsatz 1 der Grundbuchordnung (GBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 3220), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes über die Rechtsbehelfe bei der Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 2710, 2715), sowie des § 67 Sätze 2 und 3, § 81 Abs. 2 und des § 93 der Verordnung zur Durchführung der Grundbuchordnung (Grundbuchverfügung – GBV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Januar 1995 (BGBl. I S. 114), zuletzt geändert durch die Verordnung über die Eintragung des Bodenschuttlastermerks vom 18. März 1999 (BGBl. I S. 497), in Verbindung mit §§ 1 bis 3 der Verordnung über die Ermächtigung des Justizministeriums zum Erlass von Rechtsverordnungen nach § 126 Abs. 1 und § 141 Abs. 2 GBO sowie § 93 GBV vom 9. Mai 2000 (GV. NRW. S. 485), wird verordnet:

Artikel I

Die Anlage zu der Verordnung über die maschinelle Führung des Grundbuchs (Grundbuch-Automations-VO) vom 20. Juni 2002 (GV. NRW. S. 281), zuletzt geändert durch die Neunte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die maschinelle Führung des Grundbuchs vom 20. Mai 2005 (GV. NRW. S. 626), wird wie folgt neu gefasst:

„Anlage

Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf

Düsseldorf	seit 1. Januar 2002
Moers	ab 1. Oktober 2002
Viersen	ab 24. Oktober 2002
Neuss	ab 28. Januar 2003
Solingen	ab 20. März 2003
Mülheim an der Ruhr	ab 22. April 2003
Wuppertal	ab 16. Juli 2003
Krefeld	ab 15. Oktober 2003
Wesel	ab 5. Juli 2004
Dinslaken	ab 26. Juli 2004
Remscheid	ab 10. August 2004
Oberhausen	ab 20. September 2004
Duisburg-Ruhrort	ab 19. Oktober 2004
Mettmann	ab 2. November 2004
Velbert	ab 21. Dezember 2004
Langenfeld	ab 10. Januar 2005
Ratingen	ab 11. Februar 2005
Mönchengladbach-Rheydt	ab 7. März 2005
Grevenbroich	ab 29. März 2005
Geldern	ab 4. Juli 2005
Rheinberg	ab 28. Juli 2005
Kleve	ab 21. November 2005
Emmerich	ab 21. Dezember 2005
Kempen	ab 24. Februar 2006
Nettetal	ab 15. März 2006

Oberlandesgerichtsbezirk Hamm

Soest	seit 15. Januar 2002
-------	----------------------

Bielefeld	seit 1. März 2002
Essen	ab 1. August 2002
Hagen	ab 15. Oktober 2002
Beckum	ab 11. November 2002
Arnsberg	ab 17. Dezember 2002
Münster	ab 20. Januar 2003
Gladbeck	ab 10. März 2003
Ahlen	ab 26. Mai 2003
Hattingen	ab 13. Juni 2003
Dülmen	ab 26. Juni 2003
Warburg	ab 7. Juli 2003
Herford	ab 22. September 2003
Dortmund	ab 8. Dezember 2003
Siegen	ab 23. Februar 2004
Marl	ab 31. März 2004
Medebach	ab 21. April 2004
Warstein	ab 29. April 2004
Bünde	ab 10. Mai 2004
Blomberg	ab 24. Mai 2004
Lemgo	ab 4. Juni 2004
Ibbenbüren	ab 5. Juli 2004
Olpe	ab 22. Juli 2004
Bocholt	ab 6. August 2004
Steinfurt	ab 25. August 2004
Warendorf	ab 20. September 2004
Wetter	ab 11. Oktober 2004
Lüdenscheid	ab 20. Oktober 2004
Hamm	ab 6. Dezember 2004
Lippstadt	ab 21. Dezember 2004
Brakel	ab 30. Dezember 2004
Minden	ab 26. Januar 2005
Lübbecke	ab 24. Februar 2005
Herne	ab 7. März 2005
Herne-Wanne	ab 18. März 2005
Gelsenkirchen	ab 11. April 2005
Lünen	ab 27. April 2005
Iserlohn	ab 18. Mai 2005
Paderborn	ab 9. Juni 2005
Coesfeld	ab 2. August 2005
Tecklenburg	ab 18. August 2005
Detmold	ab 1. September 2005
Plettenberg	ab 4. Oktober 2005
Meschede	ab 14. Oktober 2005
Marsberg	ab 25. Oktober 2005
Menden	ab 31. Oktober 2005
Schwelm	ab 2. November 2005
Unna	ab 11. November 2005
Bad Oeyenhausen	ab 12. Dezember 2005
Lennestadt	ab 2. Januar 2006
Rahden	ab 2. Januar 2006
Rheda-Wiedenbrück	ab 11. Januar 2006
Delbrück	ab 1. Februar 2006
Bad Berleburg	ab 10. Februar 2006
Recklinghausen	ab 22. Februar 2006
Borken	ab 12. April 2006
Gronau	ab 4. Mai 2006

Oberlandesgerichtsbezirk Köln

Wipperfürth	seit 1. November 2001
Düren	seit 1. März 2002
Jülich	ab 18. November 2002
Waldbröl	ab 17. Dezember 2002
Köln	ab 1. Februar 2003
Leverkusen	ab 17. April 2003
Königswinter	ab 2. Juni 2003
Brühl	ab 25. Juni 2003
Aachen	ab 22. Dezember 2003
Bergisch-Gladbach	ab 1. März 2004
Bonn	ab 22. April 2004
Geilenkirchen	ab 30. August 2004
Wermelskirchen	ab 10. September 2004
Kerpen	ab 4. Mai 2005
Euskirchen	ab 27. Mai 2005
Siegburg	ab 19. August 2005
Bergheim	ab 13. Januar 2006.“

Artikel II**In-Kraft-Treten**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 27. September 2005

Die Justizministerin
des Landes Nordrhein-Westfalen
M ü l l e r - P i e p e n k ö t t e r

– GV. NRW 2005 S. 820

7123

**Siebte Verordnung
zur Änderung der zweiten Berufsbildungs-
Zuständigkeitsverordnung
Vom 27. September 2005**

Aufgrund des § 5 Abs. 3 Satz 2 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. März 2005 (GV. NRW. S. 69), wird zur Umsetzung der Verordnung über die Berufsausbildung in den umwelttechnischen Berufen vom 17. Juni 2002 (BGBl. I S. 2335) nach Anhörung des Innenausschusses, des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform des Landtags verordnet:

Artikel 1

Die Zweite Berufsbildungs-Zuständigkeitsverordnung vom 3. Dezember 1991 (GV. NRW. S. 553), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 306), wird wie folgt geändert:

Im § 1 wird nach der Aufzählung 11a eingefügt:

„11b. in der Berufsausbildung in den umwelttechnischen Berufen das Landesumweltamt.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 27. September 2005

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Dr. Jürgen Rüttgers

Der Minister
für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Eckhard Uhlenberg

– GV. NRW. 2005 S. 821

**Genehmigung der
24. Änderung des Regionalplans
für den Regierungsbezirk Arnsberg,
Teilabschnitt Oberbereich Siegen,
im Gebiet der Gemeinde Burbach
Vom 22. September 2005**

Der Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg hat in seiner Sitzung am 22. September 2005 die 24. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Siegen, im Gebiet der Gemeinde Burbach beschlossen (Logistikzentrum Burbach).

Diese Änderung habe ich mit Erlass vom 22. September 2005 – V.2 – 30.13.05.25 – gemäß § 20 Abs. 7 Landesplanungsgesetz vom 3. Mai 2005 (GV. NRW. S. 430) im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Landesministerien genehmigt.

Die Bekanntmachung der Genehmigung im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen erfolgt nach § 21 Satz 1 Landesplanungsgesetz.

Gemäß § 21 Satz 2 Landesplanungsgesetz wird die Änderung des Regionalplans beim Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Landesplanungsbehörde), der Bezirksregierung Arnsberg (Bezirksplanungsbehörde) sowie dem Kreis Siegen-Wittgenstein und der Gemeinde Burbach zur Einsicht für jedermann niedergelegt.

Die Änderung des Regionalplans wird gemäß § 22 Landesplanungsgesetz mit der Bekanntmachung der Genehmigung zum Ziel der Raumordnung. Sie ist nach Maßgabe der §§ 4 und 5 Raumordnungsgesetz von den öffentlichen Stellen und Privaten in Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu beachten. Soweit die Änderung des Regionalplans Grundsätze enthält, sind sie nach Maßgabe des § 4 Raumordnungsgesetz von den öffentlichen Stellen und Privaten in Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen.

Gemäß § 23 des Landesplanungsgesetzes weise ich auf Folgendes hin:

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des Landesplanungsgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften bei der Erarbeitung und Aufstellung der Änderung des Regionalplanes ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung bei der Bezirksregierung Arnsberg (Bezirksplanungsbehörde) geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung des Regionalplanes oder deren Bekanntmachung verletzt worden sind.

Düsseldorf, den 28. September 2005

Die Ministerin
für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag
Dieter Krell

– GV. NRW. 2005 S. 821

Einzelpreis dieser Nummer 1,35 Euro
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für
Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf
Bezugspreis halbjährlich 33,50 Euro (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 67,– Euro (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.
Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 41, 40237 Düsseldorf

Von Vorabinsendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-5359